

Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Telephon: Amt Köpenick, Nr. 1076.

Inserate pro 3gepaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm s, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postkontos Berlin 5386.

Inhalt: Der Schutz für Mutter und Kind im Reichstage (II). — Die Sommerzeit. — Die Stilllegung der Textilbetriebe und die Interessen der Textilarbeiter. — Aufklärung über Ernährungsfragen. — Höchstpreise für Spinnpapier und Papiergarn. — Die Nummerierung von Papierstoffgarnen. — Aus der Textilarbeiterbewegung. — Aus der Textilindustrie. — Berichte aus Fachkreisen. — Mitteilung. — Verbandsanzeigen. — Privatanzeigen.

Der Schutz für Mutter und Kind im Reichstage.

II.

Das Reichsamt des Innern hatte unter dem Datum vom 2. März 1917 der Kommission für Bevölkerungspolitik im Reichstage eine schriftliche Uebersicht über die Handhabung des Gesetzes, betreffend Ausnahmen von den Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter, vom 4. August 1914, überandt. Die Uebersendung der Uebersicht war gewünscht worden, um, wenn möglich, daraus zu ersehen, welchen Umfang die Durchlöcherung des Arbeiterschutzes angenommen habe. Es stellte sich aber im Laufe der Debatte heraus, daß man dieser amtlichen Uebersicht irgend welchen Wert auf Vollständigkeit und Zuverlässigkeit nicht beilegen konnte, da bekannt wurde, daß 40 Proz. der Gewerbeaufsichtsbeamten im Seeresdienst standen und der Rest vielfach mit Kriegsarbeit beschäftigt wurde. Die Kommission nahm daher einstimmig einen Antrag an, in der die Regierung aufgefordert wurde, die Gewerbeaufsichtsbeamten alsbald ihrem Berufe zurückzugeben.

In der Regierungsübersicht war sehr viel Schönfärberei zu finden. So war z. B. hinsichtlich der Textilindustrie gesagt:

„Ferner ist in der Textilindustrie aus wirtschaftlichen Gründen die Arbeitszeit durch Bundesratsverordnung allgemein auf 40 Stunden eingeschränkt. Hier kommen daher Ausnahmen überhaupt nicht mehr in Frage, sie werden nur noch für Betriebe zugelassen, die Seeresbedarf herstellen.“

Hier kann einmal an einem Musterbeispiel gezeigt werden, welchen geringen objektiven Informationswert solche Regierungsübersichten haben. Für die Textilindustrie, so wird gesagt, kommen Ausnahmen, wie längere Arbeitszeit oder Nacharbeit, überhaupt nicht mehr in Frage, denn — sie werden nur noch zugelassen für Betriebe, die Seeresbedarf herstellen. Man sollte meinen, auch im Reichsamt des Innern hätte dieser klägliche Widerspruch auffallen müssen.

Kollege Krähig knüpfte in der Sitzung der Bevölkerungskommission an diesen Widerspruch des amtlichen Schriftstückes an, um dann einige der Forderungen zu begründen, die zum Schutze von Mutter und Kind auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes zur Durchführung kommen müssen, wenn die Zunahme der Bevölkerung gefördert werden soll. Kollege Krähig sagte:

„Wenn die Regierungsnote glauben machen will, daß in nur verhältnismäßig wenig Fällen die Bestimmungen des Arbeiterschutzes aufgehoben worden seien, so muß gesagt werden, daß das nicht zutrifft. Es mag der Regierung nicht bekannt sein, aber Tatsache ist, daß heute nahezu allgemein in Unternehmungskreisen die Auffassung verbreitet ist, jetzt im Krieg brauchen Arbeiterschutzbestimmungen nicht eingehalten zu werden. Es muß aber verlangt werden, daß nun, wo zahlreiche Textilbetriebe stillgelegt werden, der Unfug aufhört, daß andere Textilbetriebe die Nacharbeit für Arbeiterinnen und Jugendlichen bewilligt bekommen. Ich war 8 Tage vor den letzten Weihnachtsfeiertagen in Adorf i. B. Da konnte ich feststellen, daß in dem Betriebe der Firma Claviez, Papiergarnspinnerei und -weberei, wo schon lange Zeit Tag- und Nachtbetrieb in zwei Schichten eingeführt ist, auch des Sonntags gearbeitet werden mußte. Ich stand an jenem Sonntagabend gegen 6 Uhr am Bahnhof Adorf, als gerade die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen ankamen, um in der Claviez'schen Fabrik die Nachtschicht anzutreten. Es sind meist noch wirkliche Kinder gewesen, die da an mir vorüberkamen. Sie wohnen in einer Anzahl Orte, mehr oder weniger weit von Adorf entfernt, und müssen die Wege von und nach der Arbeitsstelle mit der Eisenbahn zurücklegen. Nun sorgt man zwar dafür, daß sie rechtzeitig zur Arbeit eintreffen, aber dafür, daß sie nach Schluß der Arbeit auch sofort abtransportiert werden, dafür sorgt man, wie man mir mitteilte, nicht. Die Beschäftigten müssen teilweise nach Schluß der Arbeitszeit auf den Abtransport längere Zeit warten. Das ist eine schwere Schädigung der jungen Mädchen — um solche handelt es sich meist — die nicht nur die Nachtruhe einbüßen, sondern auch noch Stunden der Ruhe am Tage. So vergehen Stunden,

ehe sie nach Hause kommen. Dort können sie nur wenige Stunden schlafen, weil sie sich wieder auf den Weg machen müssen, um den richtigen Zug zur Arbeitsstelle zu erlangen. Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden. In der Textilindustrie ist auch bei Herstellung von Seeresbedarf keine Nacht- und Ueberstundenarbeit nötig. Es hat hier genug Arbeitskräfte und ebenso Betriebe und Maschinen, mit denen der Seeresbedarf ohne Ueberzeitarbeit rechtzeitig hergestellt werden kann. Die jungen Arbeiterinnen werden bei solch aufreibender Tätigkeit gesundheitlich derart ruiniert, daß sie für ihren späteren Beruf als Mutter schweren Schaden nehmen. Wir verlangen daher, daß die tägliche Arbeitszeit für Arbeiterinnen unter 18 Jahren nur sechs Stunden betrage. Die allgemeine Unterernährung und die intensive Arbeit schädigt die körperliche Entwicklung der künftigen Mütter ganz enorm. Wir, die wir die bevölkerungspolitischen Aufgaben des Reiches vorzubereiten haben, haben dafür zu sorgen, daß sich für künftigen Mütter körperlich recht gut entwickeln.

Herr Prof. Dr. Franz von der Frauenklinik der Charité in Berlin sagte in seinem Vortrag vom 4. September 1916 in der Berliner Säuglingsausstellung, daß das Kind das werde, zu dem, was es von seinen Vorfahren an Veranlagung mitbekommen hat. Wir haben deshalb darauf zu achten, daß uns die lange Arbeitszeit in den Fabriken und in der Heimindustrie, in Verbindung mit den schlechten Ernährungsbedingungen, die Mütter nicht degeneriert. Deshalb müssen wir für die Arbeiterinnen unter 18 Jahren die tägliche sechsstündige Arbeitszeit fordern.

Selbstverständlich müssen Staat und Gemeinden dafür sorgen, daß die dann frei werdende Zeit der jungen Mädchen für diese zweckentsprechend ausgenutzt wird. Neben Zeit zur körperlichen und geistigen Erholung muß Zeit vermandt werden für hauswirtschaftlichen Unterricht, sowie für Unterricht in der Körper- und Kinderpflege. Auch die Sexualpädagogik darf nicht vergessen werden. Man glaubt gar nicht, wie groß in Arbeiterkreisen die Unkenntnis in der Kinderpflege ist; Tausende und aber Tausende von Kindern fallen alljährlich dieser Unkenntnis zum Opfer. Die Stadt Augsburg hat im vorigen Jahre für die arbeitslosen Arbeiterinnen solche Hauswirtschaftsunterrichtskurse veranstaltet, und dort, wo nur mit moralischen Mitteln eingewirkt wurde, die Kurse zu besuchen, sind sehr gute Erfolge gezeitigt worden. Solche hauswirtschaftlichen Unterrichtskurse haben auch eine große volkswirtschaftliche Bedeutung. Es ist gesagt worden, nach dem Kriege werden wir uns wieder groß hungen müssen. Da ist es für die Zunahme der Bevölkerung von großem Wert, daß wir gute Hauswirtschaftlerinnen heranbilden. Denn die Familie, die eine gut unterrichtete Hausfrau zur wirtschaftlichen Leiterin hat, wird natürlich bessere Existenzbedingungen haben wie eine Familie, in der es der wirtschaftlichen Leiterin an der nötigen Unterweisung fehlt.

Der hauswirtschaftliche Unterricht allein macht's freilich nicht. Vor allem muß den verheirateten Frauen, die gewerblich tätig sind, auch genügend Zeit gelassen werden, daß sie die Obliegenheiten als Hausfrau und Mutter erfüllen können. Bei der täglichen Arbeitszeit, wie sie jetzt besteht und vor dem Kriege bestand, ist es den meisten Fabrikarbeiterinnen unmöglich, ihre Pflichten als Mutter und Hausfrau zu erfüllen. Die gewerbliche Arbeiterin hat eine Doppelaufgabe zu erfüllen, sie ist Erwerbsarbeiterin, soll aber auch Hauswirtschaftlerin und Kinderpflegerin sein. Das erfordert natürlich großen Verbrauch der körperlichen Kräfte, und man kann es der gewerblichen Arbeiterin, die sieht, daß die Gesetzgebung kein Verständnis für ihre Lage hat, die sieht, daß man sie ruhig unter dieser Doppellast keuchen läßt, bis sie zusammenbricht, nicht verdenken, wenn sie dafür sorgt, daß sie nicht oft Mutter werde. Wird ihr in Sachen der Erwerbsarbeit keine Erleichterung gebracht, dann hilft sie sich selbst, indem sie die Last der Mutterschaft von sich fern hält. Wollen Sie also die Bahn frei machen für ein rasches Fortkommen der Bevölkerungszunahme, dann müssen sie der gewerblichen Arbeiterin die Doppellast, die sie heute trägt, so erleichtern, daß sie keinen Schaden mehr anrichtet und der Arbeiterin die Lebensfreude wiedergibt.

Wie ist denn heute der Tageslauf einer verheirateten Fabrikarbeiterin, die Mutter mehrerer Kinder ist? Ich wohnte zwei Jahre in Mülhausen i. E., mitten in einem Arbeiterviertel. Oft habe ich beobachtet kommen, wenn ich früh vor Beginn der Arbeitszeit nach der Bahn ging, wie Männer und Frauen, die kleine Kinder auf dem Arm tragen, an mir vorbeizogen, plötzlich

mit ihrer Last in einem Gause verschwanden, um gleich darauf wieder ohne diese Last zu erscheinen und dem Fabrikort entgegenzueilen zur Verrichtung der täglichen Erwerbsarbeit. Diese Frauen müssen um 5 Uhr und noch früher aufstehen. Es ist das Frühstück zurecht zu machen; die Kinder müssen aus dem Schlaf gerissen und angezogen werden, weil sie mit den Eltern zugleich die Wohnung verlassen müssen. Man schiebt sie in der Regel einer Frau hinein, die selbst soviel Kinder hat, daß es sich wirtschaftlich nicht mehr lohnt, in die Fabrik zu gehen, oder die wegen Krankheit die Fabrikarbeit aufgibt. In der Wohnung der Arbeiterinnen, die zur Arbeit in die Fabrik müssen, bleibt naturgemäß die meiste häusliche Arbeit liegen bis zum Abend. Abends kommt dann solch eine Arbeiterin aus der Fabrik nach Hause, meist müde und darum mißgestimmt. Nun holt sie ihre Kinder wieder ab. Die Kinder freuen sich, wenn sie des Abends die Mutter wiedersehen. Aber die Mutter kann sich meist nicht mit den Kindern beschäftigen. Die ganze Arbeit der Hauswirtschaft liegt ja noch da. Es sind auch Einkäufe zu machen. Das Mittagessen für den anderen Tag muß auch zubereitet werden. An zehn und mehr Stellen zu gleicher Zeit möchte sie zupacken. Das sind ihr die Kinder im Wege. Die Kinder, die kommen zwar und schmiegen sich an die Mutter; Mutterliebe wollen sie haben, die sie den ganzen Tag entbehren mußten, denn die Mutterliebe ist die Sonne für das Gemüt des Kindes. Wo die Sonne der Mutterliebe fehlt, da wachsen die kleinen Menschen auf wie die Blumen im Schatten. Mutterliebe kann aber die so mit Arbeit überladene Fabrikarbeiterin nicht im gewünschten Maße spenden. Die Kinder sind im Wege, wenn die Hausarbeit zu machen ist. Da werden die Kleinsten, die noch kein Verständnis haben für die Aufgaben der Hausfrau, irgend wohin verbarrikadiert, damit sie der Mutter nur nicht bei der Arbeit im Wege herumlaufen. Und wenn diese Kleinen unruhig werden, wenn sie schreien, weil sie zur Mutter wollen, dann bekommen sie nur zu oft Mutterhiebe, anstatt Mutterliebe; wengleich auch den meisten dieser Mütter das Herz blutet darüber, daß sie das Schicksal zwingt, so hart zu ihren Kindern zu sein. Die Arbeit muß aber gemacht werden, soll nicht die Familie hineinsinken in den Morast der wirtschaftlichen Misere. So geht es nun Tag für Tag; auch meist Sonntags. Denn für große hauswirtschaftliche Arbeiten, wie Wäsche waschen, Kleider ausbessern, Wohnung scheuern, bleibt der Arbeiterin heute keine andere Wahl, als die Arbeit liegen zu lassen oder den Sonntag zu Hilfe zu nehmen. Es ist deshalb unbedingt nötig, daß neben der täglichen Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden den Arbeiterinnen der Sonnabendnachmittag freigegeben wird, damit sie ihre Pflichten als Hausfrauen und Mütter erfüllen können.

Nun wir das nicht, so richten wir den fruchtbarsten Teil der Bevölkerung rapid zugrunde, denn nach dem Kriege werden wir noch jahrelang mit ungenügenden Ernährungsverhältnissen zu rechnen haben. Wenn es am nötigen Kräfteersatz fehlt, muß am Verbrauch der Kräfte gespart werden, sonst reiben wir die Kräfte auf, die Deutschland für die Vermehrung seiner Bevölkerung braucht. Ich erinnere daran, daß ich gestern schon den statistischen Nachweis erbracht habe, daß die Doppelarbeit unserer Fabrikarbeit viel zu lange Arbeitszeit für jugendliche Arbeiterinnen die Körperkräfte sehr schnell aufzehrt. Standen doch schon 1912 von 100 der Seilbehandlung überwiesenen weiblichen Versicherungspflichtigen 75 im Alter von nur 16 bis 30 Jahren, gegen nur 49 der männlichen. Wie schlimm wird es da erst in Zukunft sein, nachdem wir eine so schwere Zeit durchgemacht haben.

Der freie Sonnabendnachmittag muß also nach dem Kriege sofort zur Einführung kommen, um die Arbeiterinnen und auch die weiblichen Angestellten zu befähigen für ihren natürlichen Beruf als Mutter. Geschieht dies, dann wird das für die Bevölkerungszunahme sehr segensreich wirken. Ist die Arbeitslast der erwerbstätigen Mütter zu groß, dann bleibt eben vieles liegen, was nachteilig wirkt für die Familie. Und wer kommt dann immer zuerst zu Schaden? Die Schwächsten! Und die Schwächsten, das sind die armen Kinder. Geben wir aber der gewerblich tätigen Mutter den Sonnabendnachmittag frei, geben wir ihr die Möglichkeit, ihre Mutterpflichten gut zu erfüllen, dann wird wieder Lebensfreude eingeatmet in die Familien der

Arbeiter. Ich habe schon mit Hunderten von Arbeiterfrauen über ihre Lage gesprochen. Oft habe ich von ihnen gehört; Ist denn das überhaupt noch ein Menschenleben, wie wir es zu führen gezwungen sind?

Sorgen wir also dafür, daß das Los der Erwerbsarbeiterin ein verträgliches wird, sorgen wir dafür, daß den Kindern der Armen die Sonne der Mutterliebe so lange wie nur möglich erhalten werde! Das ist ohne Zweifel die wichtigste bevölkerungspolitische Frage."

Die weitere Debatte, die diesen Ausführungen Krätzig folgte, brachte das erfreuliche Resultat zu Wege, daß, wie der Vorsitzende Freiherr v. Calker bemerkte, ein Antrag einging, von allen Parteien unterzeichnet, an den Vorabend der Sonn- und Feiertage den Nachmittag für Arbeiterinnen freizugeben. Herr Dr. Hise, von der Zentrumspartei, der sehr warm dafür eintrat, sagte, das Zentrum habe geglaubt, die Unternehmer würden, nachdem an den Sonntagen die Arbeitszeit auf acht Stunden bemessen worden sei, den Nachmittag von selbst freigeben. Da dies nicht geschehen sei, müsse eine gesetzliche Regelung vorgenommen werden. Herr Sibkovich von der Fortschrittspartei und Herr Marquard von den National Liberalen traten auch dafür ein. Nach den Osterferien wird diese Sache zu Ende gebracht. Ihre Beratung mußte unterbrochen werden, um zuerst die Maßnahmen für die Dauer des Krieges zum Schutze von Mutter und Kind zu verabschieden.

Die Sommerzeit.

Unser Verbandsvorstand hatte bei den Ortsverwaltungen des Verbandes erfragt, wie sie sich zur Sommerzeit stellen. Diese haben wiederum bei den Mitgliedern darüber Umfrage gehalten, soweit es sich tun ließ, oder die Frage wohl auch auf Grund früherer gelegentlicher Äußerungen von Mitgliedern beantwortet. Es dürfte nicht nur unsere Leser, sondern auch weitere Kreise interessieren, wie die Antworten ausgefallen sind.

Zunächst sei bemerkt, daß nur ein Drittel der Antworten für die Sommerzeit lauten, dagegen zwei Drittel; für die Sommerzeit erklärten sich 25, gegen sie 47 Orte.

Zu dem ersten Drittel zählen: Aachen, Augsburg, Berlin, Brandenburg a. S., Bunzlau, Crefeld, Eisenhof, Elberfeld, Forst i. L., Großschönau i. Sa., Hamburg, Hof i. B., Jahnstorf i. Erzgeb., Kiel, Löbau, Lobberich, M.-Glabbech, Neudamm, Dederan, Pritzwalk, Ronneburg, Wegeß, Bierfen, Wittstock a. D., Zeulenroda; zu den anderen zwei Dritteln zählen: Balingen, Bamberg, Berga a. E., Bremen, Brantähe, Brudmühle, Cottbus, Eisenberg (S.-A.), Elmshorn, Elsterberg i. Vogtl., Euskirchen, Falkenstein i. Vogtl., Finsterwalde, Frankenberg i. Sa., Freiburg i. Br., Hülßen, Oera, Geringswalde, Göttingen, Greiz, Guben, Gaißichen, Gornitz, Kempton, i. B., Rottwoig an der Ruhr, Vahr i. B., Landsberg a. W., Langenberg (Neuß?), Rangenebielau, Rudenwalde, Rugau i. Sa., Leisnig, Memmingen, Neumünster, Plauen i. B., Böhmeck, Reichenbach i. B., Reichenbrand (Sa.), Sagan, Schiltach, Schneberg, Spremberg, Stuttgart, Taifingen, Triebes, Werbau.

Für die Sommerzeit werden als wichtige Gründe ins Feld geführt: die längere Freizeit nach Arbeitsluß, die für Gartenarbeit oder sonst nutzbar gemacht werden könne, die längere Freizeit für die Kinder. Gesundheitliche Nachteile hätten sich weder für die Erwachsenen noch für die Kinder gezeigt, doch klingen hier und da Wünsche durch, der Schulbeginn möchte der Zeitdifferenz entsprechend hinausgeschoben werden. Das läßt auf die Folgerung schließen, daß die Sommerzeit doch für die Kinder nachteilige Folgen haben könnte. In den gegen die Sommerzeit abgegebenen Gutachten kommt das noch deutlicher zum Ausdruck. Es wird sogar gesagt, ein späterer Schulbeginn schütze auch die Kinder nicht davor, daß sie um eine Stunde des Schlafes beraubt würden, wenn die Eltern gezwungen seien, sie doch um eine Stunde früher zu wecken, um sie in den Kinderhort zu bringen. Nach diesem Gutachten sei es auch für die Erwachsenen kein gesundheitlicher Vorteil, wenn sie des Morgens eine Stunde früher aufstehen müßten. Für die Fabrikarbeiter, die zur bestimmten Zeit Feierabend haben, ginge es noch an, doch in der Landwirtschaft bedeute der frühere Anfang kein früheres Ende und deshalb nur Verlängerung der täglichen Arbeitszeit. Für die Fabrikarbeiter, welche weiter entfernt von ihrer Wohnung arbeiten, aber auch Ackerland zu pflegen haben, werde das letztere erschwert, statt erleichtert, da sie abends eine Stunde früher sich zur Ruhe begeben müßten, um am Morgen rechtzeitig aufstehen zu können; die Stunde, welche der eine Arbeiter, der in der Nähe seiner Arbeitsstätte wohnt, für die Bearbeitung seines Ackererübrige, verliere der weiter von ihr wohnende für die Pflege seines Ackerers. Für alle bestände aber die Gefahr, daß die Unternehmer, wenn es not tun würde, auf Grund der Sommerzeit mehr Ueberzeitarbeit verlangen würden. Müßte ihrem Verlangen Folge gegeben werden, so ergäben sich daraus für alle auch gesundheitliche Nachteile. Doch davon abgesehen, werde schon allein die Umgestaltung der Arbeitszeit unangenehm empfunden, was nicht ohne nachteiligen Einfluß auf die Gesundheit bleiben dürfte. Den Frauen sei die Sommerzeit sogar teilweise zu einer Last geworden, die sie nur als Kriegsmotivnötigkeit trügen und von der sie wünschten, daß sie ihnen bald abgenommen werden möchte.

Nichtersparnis werde vielfach nicht erzielt, Schlaf aber entbehrt, wodurch das Bedürfnis nach mehr Nahrungsaufnahme in — jetzt recht unerwünschte — Erscheinung trete. Folge: gesundheitliche Nachteile.

Wir wollen diesen Bericht mit der wörtlichen Wiedergabe zweier uns besonders wichtig erscheinender, ablehnender Gutachten schließen, mit dem der Verwaltung Göppingen und dem des Verbandsausschusses, Die Verwaltung Göppingen sagt:

Wir wünschen nicht die Beibehaltung der Sommerzeit, und zwar aus folgenden Gründen: Die Mehrzahl der Arbeiter und Arbeiterinnen wohnt nicht am Ort der Beschäftigung. Sierdurch sind diese gezwungen, des Morgens aufzustehen, wenn es noch dunkel ist; sie müssen also Licht anzünden, an dem doch gespart werden soll. Da Petroleum nicht zu haben ist, Gas in den Wohnungen auf dem Lande nicht gebräuchlich, da die Einrichtungen dazu fehlen, so sind die Arbeiter nur auf teureres Kerzenlicht angewiesen. Was die Unternehmer an Licht sparen, müssen diese Arbeiter wieder

doppelt ausgeben. Da Mann und Frau einer Beschäftigung nachgehen, um den Unterhalt ihrer Familie bestreiten zu können, müssen die Kinder früher aus dem Schlafe geweckt werden als sonst. Des Abends kommen die Kinder auch nicht früher ins Bett; die meisten müssen sogar, wenn Vater oder Mutter heimkommt, noch bis zum Dunkelwerden den Acker oder Garten bestellen helfen. Dies muß also auf die Gesundheit der Kinder sehr nachteilig wirken. Aus demselben Grunde, aus dem die Kinder um eine Stunde Schlaf kommen, kommen auch die Erwachsenen um eine Stunde Erholung. Entweder müssen sie eine Stunde länger im Betrieb schaffen oder sie rüdem sich zu Hause noch mühsam ab, um aus ihrem Stückchen Erde, was sie besitzen, soviel wie möglich herauszuwirtschaften. Andere haben, da jetzt die Verpflanzung der Arbeiter nach weiter gelegenen Orten schon stattgefunden hat, ein und zwei Stunden länger auf der Bahn zu liegen. Rechnet man nun noch die vielen Arbeiter und Arbeiterinnen hinzu, die keine Bahnverbindung haben, die aber 1 bis 1 1/2 Stunden, sogar bis 2 Stunden Wegs morgens und abends zurücklegen müssen, so springt für die Arbeiterschaft, wenigstens für unseren Bezirk, kein Vorteil heraus, sondern das gerade Gegenteil: Ausnutzung der Arbeitskraft bis zum Tz. — Aus all den angeführten Gründen wünschen wir, daß die Abschaffung der Sommerzeit nicht (erst) nach dem Kriege, von dem wir ja gar nicht wissen, wie lange er noch dauert, gefordert wird, sondern schon jetzt."

Und der Verbandsausschuß resp. sein Vorsitzender (in Gera) sagt:

"Sämtliche Ausschußmitglieder erklärten sich gegen die Einführung der Sommerzeit, sowohl während wie auch nach dem Kriege. Eine große Anzahl unserer Textilarbeiter und -arbeiterinnen wohnt außerhalb der Stadt. Dieselben legen zum Teil ihren Weg zur Arbeitsstätte und wieder nach Hause mit der Eisenbahn zurück, das hat aber, infolge der wenigen Züge, welche jetzt verkehren — oft noch mit großer Verspätung — auch seine besonderen Schwierigkeiten. Ein anderer Teil ist gezwungen, den Weg von einer Stunde und noch länger zu Fuß zu machen. Die Arbeitszeit beginnt in den Betrieben ausnahmslos früh 6 Uhr. Zieht man nun in Betracht, daß ein großer Teil der Arbeiterinnen verheiratet ist, also neben der Arbeit in der Fabrik noch den Hausstand und ihre Familie mit versorgen müssen, so kann man es verstehen, wenn in diesen Kreisen nicht die geringste Sympathie für die Einführung der Sommerzeit besteht. Die Abneigung gegen die Einführung der Sommerzeit besteht aber nicht nur bei unseren Kollegen und Kolleginnen, welche auf dem Lande wohnen, sondern auch bei denen in der Stadt. Auch hier sind es in erster Linie die Frauen, welche neben ihrer Arbeit in der Fabrik noch den Hausstand und Kinder zu versorgen haben. Auch die Kinder müssen eine Stunde früher aus dem Schlaf gerüttelt werden. Nun könnte ja angeführt werden, daß abends eine Stunde früher das Bett aufgesucht werden kann. Das Gegenteil ist aber der Fall; je länger und heißer die Tage im Sommer sind, desto später wird das Bett aufgesucht. — Es kommt aber gerade jetzt, während der Kriegszeit, noch eine andere sehr wichtige Frage hinzu, welche gegen die Einführung der Sommerzeit spricht, das ist die Ernährungsfrage. Es steht unzweifelhaft fest, daß je früher der Mensch aufstehen muß und arbeiten, desto mehr braucht derselbe an Nahrungsmitteln. Da wohl in absehbarer Zeit eine Mehraufwendung von Nahrungsmitteln an die Bevölkerung nicht eintreten wird, möchten wir Dich (Kollege Jäckel ist gemeint. D. A.) ersuchen, soweit Du dazu imstande bist, Deinen Einfluß gegen die Einführung der Sommerzeit geltend zu machen, denn der arbeitenden Bevölkerung ist damit nicht gedient. Ich glaube auch nicht an die große Erbarmnis der Beleuchtung, die damit erreicht werden soll. Einen kleinen Vorteil hätten höchstens diejenigen Verufe, deren Arbeitszeit in der Regel erst um 8 Uhr beginnt."

Inzwischen hat aber bekanntlich der Bundesrat für den Sommer 1917 die Sommerzeit von neuem beschlossen, so daß die gegen sie erhobenen Bedenken für diesmal noch unberücksichtigt bleiben.

Die Stilllegung der Textilbetriebe und die Interessen der Textilarbeiter.

Die Stilllegung der Textilbetriebe, die sich jetzt vollzieht, beunruhigt noch immer weite, an der Textilindustrie interessierte Kreise. Das beweisen die Zuschriften, die an uns gelangen und in denen wir ersucht werden, unseren Einfluß geltend zu machen, daß vom Kriegsausschuß der deutschen Industrie gefasste Beschlüsse geändert werden. Soweit solche Zuschriften von Unternehmern kommen, gründet sich ihr Verlangen ja meist auf Unternehmerinteressen. So, wenn zum Beispiel in einer solchen Zuschrift gesagt wird, der Beschluß müsse geändert werden, weil die Fabrik, die ihren Betrieb laufen lassen könne, mit größtenteils ausländischem Kapital arbeite, auch die wichtigsten Beamten meist, allerdings neutrale, Ausländer seien. Mit solchen Gründen können wir nichts anfangen. Vor dem Krieg, wenn es galt, gegen die Interessen der Arbeiter Stellung zu nehmen, haben wir nie als bemerkt, daß das deutsche Textilkapital auf die Solidarität des ausländischen verzichtet hätte. O nein, da mußte der letzte Nickel heranzu, um die Koalition gegen die Arbeiter zu einer geschlossenen zu machen.

Damit soll nicht gesagt sein, daß es den Textilarbeitern gleich sei, was mit der deutschen Textilindustrie geschieht. Für die Stellungnahme der Arbeiter zu dieser Frage ist nicht allein entscheidend die Gegenwart, sondern auch die Zukunft. Den Arbeitern drängt sich bei der Entscheidung über die Stilllegung der Textilbetriebe die Frage auf: Was wird nach dem Kriege? Jetzt gibt es, wenn keine Beschäftigung zu finden ist, Unterstützung aus der staatlichen Erwerbslosenfürsorge. Aber wird es die auch nach dem Kriege geben, wenn keine Arbeit vorhanden ist? Heute zwingt der Krieg den Staat zu Entgegenkommen, zu dem er vor dem Kriege nicht zu haben war. Arbeitslosenunterstützung zu zahlen lehnte der Staat vor dem Kriege ab, weil er als Förderer privatkapitalistischer Interessen besorgt war für die Bereithaltung eines Heeres von Arbeitern, das die tägliche Notdurft des Lebens zwang, zu den Bedingungen Arbeit zu übernehmen, die den Interessen des Privatkapitals am förderlichsten waren. Noch bürgt uns nichts dafür, daß das nach dem Kriege anders werden wird. Und das steht nun für die Textilarbeiter die Sache so, daß sie jetzt alles unterstützen müssen, was darauf abzielt, soviel Betriebe wie nur möglich laufen zu lassen. Denn naturgemäß werden die Betriebe, die ganz still-

gelegt werden, nach dem Kriege, wenn die Friedensarbeit wieder aufgenommen wird, schwerer in Gang kommen wie die Betriebe, die im Gange gehalten werden. Oder mit anderen Worten: Die Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie wird in der Uebergangszeit von der Kriegszur Friedenswirtschaft um so größer sein, je mehr Textilbetriebe jetzt ganz stillgelegt werden. Die Textilarbeiter müssen daher verlangen, daß die Stellen, welche die wichtige Entscheidung über die Verteilung der Arbeit zu fällen haben, sich nicht nur leiten lassen von den augenblicklichen Erfordernissen des Krieges, sondern auch von den Voraussetzungen einer gedeihlichen Zukunft der deutschen Textilindustrie.

Wenn man so die Sache ansieht, muß leider konstatiert werden, daß die Entscheidungen über die Stilllegung von Textilbetrieben nicht immer das richtige treffen.

Greifen wir einmal einen Fall heraus, um zu zeigen, daß es unserer Ansicht nach falsch ist, so wie geschehen, zu handeln. Wir wollen keine Namen nennen, um damit zu zeigen, daß uns nur rein sachliche Erwägungen leiten. In einer Gegend Süddeutschlands liegen nahe beieinander zwei Baumwollfabriken; eine Spinnerei und Weberei und eine Weberei. Die Spinnerei und Weberei hat die Herstellung von Papiergarnen und Papiergeweben im großen Maßstabe aufgenommen und somit also reichlich Beschäftigung. Die Weberei dagegen ist infolge ihrer technischen Einrichtung nicht in der Lage, Papiergewebe herzustellen. Beide Fabriken werden mit Wasserkraft angetrieben, auch hat die Weberei genügend militärdienstfreie Arbeitskräfte. Nun war in dem Bundesstaat die Arbeit für 1000 Baumwollwebstühle zu verteilen. Davon gibt man nun für 400 Stühle der Fabrik, die Papiergarnen im großen Umfange herstellt und verarbeitet, und die andere Fabrik, die nur auf Baumwollarbeit eingerichtet ist, die legt man still. Das können wir wirklich nicht fassen. Hier war die Möglichkeit gegeben, einen Betrieb mehr in Tätigkeit zu erhalten, ohne daß Kohlen verbraucht wurden; aber nein, den legt man still, gibt die Arbeit dem anderen Betriebe, der reichlich andere Arbeit hat und dessen Wasserkraft nun, wie uns berichtet wird, nicht ausreichen wird, um die 400 Baumwollstühle in Betrieb zu nehmen, so daß er gezwungen sein wird, Dampf zu Hilfe zu nehmen, also Kohlen verbrauchen zu müssen.

Wir betonen noch einmal: Es liegt im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse, daß die Arbeit so verteilt wird, daß recht viel Textilbetriebe am Leben erhalten bleiben. Deshalb müssen die Textilarbeiter verlangen, daß in solchen Fällen, wie in dem vorstehend besprochenen, die Arbeit so verteilt wird, daß immer ein Betrieb mehr im Laufen bleibt. Wir dürfen uns jetzt nicht für die Zeit nach dem Kriege die wirtschaftlichen Schwierigkeiten himmelhoch auf türmen lassen.

Aufklärung über Ernährungsfragen.

Die „Mittelungen aus dem Kriegsernährungsamt“ bringen in ihrer Nr. 23 d. J. folgenden beherzigenswerten Artikel:

Eine der schwierigsten Aufgaben, vor welche dieser furchtbarste aller Kriege das deutsche Volk gestellt hat, ist sicherlich die Anpassung an die durch die Kriegslage gegebenen Ernährungsverhältnisse. Der rücksichtslose Aushungerungskrieg, welchen unsere Feinde seit nunmehr 32 Monaten gegen uns führen, hat eine Lage geschaffen, welche scharfe und rücksichtslose Eingriffe in die Lebensgewohnheiten des deutschen Volkes zur zwingenden Notwendigkeit macht. Der gänzliche Ausfall unserer gesamten Nahrungsmittelzufuhr, die großen Schwierigkeiten, mit welchen unsere deutsche Landwirtschaft zu kämpfen hat, haben uns gezwungen, die Ernährung des deutschen Volkes mit Mitteln durchzuführen, welche auch nicht annähernd den uns in Friedenszeiten zur Verfügung stehenden gleichkommen. Opferwilliges, entlagungsvolles Mitarbeiten jedes einzelnen, verständnisvolles Eingehen auf die von den Behörden unter zwingender Notwendigkeit des Krieges getroffenen Anordnungen sind notwendig, um die zur Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung von den Behörden getroffenen Maßnahmen wirkungsvoll zu gestalten. Um diese Mitarbeit der Bevölkerung zu erreichen, ist es vor allen Dingen notwendig, das deutsche Volk über die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der behördlichen Anordnungen aufzuklären. Wieder und immer wieder mußte der landwirtschaftlichen Bevölkerung die außerordentlich schwierige Lage der städtischen Bevölkerung, der Industrie und ganz besonders der Nahrungsmittelindustrie bei der Beschaffung von Lebensmitteln vor Augen geführt werden. Auf der anderen Seite mußte der städtischen und Industriebevölkerung gezeigt werden, warum unsere Lebensmittelversorgung gegenüber den Friedenszeiten so erheblich eingeschränkt werde, mit welchen Schwierigkeiten die deutsche Landwirtschaft bei der Erzeugung der Lebensmittel zu kämpfen hat. Seit Monaten hat sich das Kriegsernährungsamt in umfassender Weise mit dieser Aufgabe befaßt. Ein Vortragsbuch „Die Lebensmittelversorgung und die Mitarbeit der ländlichen Bevölkerung bei der Lebensmittelversorgung“ ist sämtlichen Landpfarren und Landkirchen zugestellt worden. Den Pfarrern und Lehrern ist damit Material an die Hand gegeben worden, welches ihnen ermöglicht, die Landbevölkerung in authentischer Weise über die Notwendigkeit selbstloser, entlagungsvollster Mitarbeit ihrerseits aufzuklären; in dankenswerter Weise, voll überzeugt von der Größe ihrer Aufgabe, haben sie sich der Arbeit unterzogen. Um diese Aufklärungstätigkeit in wirkungsvoller Weise zu unterstützen, hat das Kriegsernährungsamt unter bereitwilligster Mitarbeit des Bild- und Filmamts und der Auskunftsstelle des Kriegspresseamts den Bundesregierungen und Landwirtschaftskammern Lichtbildmaterial zur Verfügung gestellt, das geeignet ist, der landwirtschaftlichen Bevölkerung die ganze Schwere der Arbeit der städtischen und industriellen Bevölkerung, sowie die Schwierigkeiten, welche diese bei der Beschaffung der Lebensmittel haben, in wirkungsvoller Weise vor Augen zu führen. Eine Aufklärungsschrift „Kriegsernährungswirtschaft 1917“ ist in zwei Millionen Exemplaren an alle Schulen des Deutschen Reichs verteilt worden. Die Schrift führt uns in gemeinverständlicher Form unsere ganze Ernährungswirtschaft vor Augen. Sie berührt die den

ganzen Ernst der Lage, ohne jedoch Zweifel darüber zu belassen, daß es unter allen Umständen möglich sein wird, das deutsche Volk in zwar knapper, aber ausreichender Weise mit den vorhandenen Lebensmitteln zu ernähren. Die Verteilung der Schriften an die Schüler liegt in den Händen der Lehrer, und auch hierbei haben sich diese in der verständnisvollsten Weise nicht damit begnügt, die Aufklärungsschrift einfach in die Hände der Schüler gelangen zu lassen, sondern sie haben sie in fast allen Fällen selbst zu zweckmäßiger mündlicher Aufklärungstätigkeit benützt. Ein eigens für die Aufklärungstätigkeit vom Kriegsernährungsamt geschaffenes Referat befaßt sich ausschließlich damit, den zur mündlichen Aufklärung bereiten und geeigneten Teil der Bevölkerung durch Haltung von Vorträgen über Ursachen und Wirkung, Zwecke und Ziele unserer Ernährungswirtschaft zu unterrichten. Viel Arbeit ist geschafft, aber unendlich viel mehr Arbeit muß noch vollbracht werden. Jedermann, der sich dazu berufen fühlt, sollte seine Kraft in den Dienst des Vaterlandes stellen, um mitzuarbeiten an der Aufklärung der Bevölkerung über unsere wirtschaftliche Lage. Jedem einzelnen muß es in das Gehirn gehämmert werden, daß auch er ein Teil der gewaltigen Kriegsmaschine ist, daß auch sein opferfreudiges, entlagungsvolles Mitarbeiten ebenso notwendig zur reibungslosen Inanganghaltung dieser Maschine ist, wie das todesmutige Blut und Leben einfließende Soldaten jedes einzelnen unserer Frontsoldaten. Wer mitarbeiten will und kann, dem stellt der Nachrichtendienst des Kriegsernährungsamts die notwendigen Unterlagen für seine Aufklärungstätigkeit gern und in umfassender Weise zur Verfügung. Der Chef des Kriegsernährungsamts, General Gröner, hat durch einen Aufruf die Kriegswirtschaftsämter und die ihnen unterstellten Kriegswirtschaftsstellen zur Mitarbeit an dieser Aufklärungstätigkeit mit warmen, zu Herzen dringenden Worten aufgefordert und dadurch gezeigt, daß er die Aufklärungstätigkeit auch seinerseits als Kriegsdienst ansieht. Wie so alle behördlichen Stellen Hand in Hand arbeiten, um das Durchhalten der Bevölkerung zu ermöglichen und sicherzustellen, so müssen nun auch alle Berufsstände des deutschen Volkes sich die Hand reichen, um bereit an der großen und schweren Aufgabe der Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Lebensmitteln mit selbstloser Hingabe aller persönlichen Interessen mitzuarbeiten.

Man kann nur wünschen, daß die Darlegungen des Kriegsernährungsamts überall und in allen Kreisen die ihnen gebührende Beachtung und Beherzigung finden möchten, und zwar sowohl bei der mit Lebensmitteln immer noch zurückhaltenden Landbevölkerung wie bei dem Teile der immer noch hamsterrnden Stadtbevölkerung. Wir kennen Fälle, wo die Herrschaft dem Dienstpersonal erklärte, es sei jetzt vaterländische Pflicht, sich einzuschränken, und sie, die Herrschaft, wolle diese Pflicht so getreulich erfüllen, wie ihre Dienstboten sie erfüllen müßten. Das geschah denn auch anscheinend. Dabei fiel aber den Dienstboten auf, daß sie immer magerer wurden, die Herrschaft aber nicht, eher noch fetter. Das Rätsel fand seine Lösung, als die Dienstboten dahinter kamen, daß die Herrschaft die täglichen Mahlzeiten zweimal einnahm: einmal eine frugale mit dem Dienstpersonal gemeinsam, das zweitemal eine opulente, im geheimen. — Fast alle höheren Beamten und Würdenträger in Reich, Staat, Stadt und Land haben in der langen Kriegszeit wenig oder gar nicht an Körpergewicht abgenommen, was den Schluß zuläßt, daß sie immer noch reichlich zu essen haben. Von fast allen Geschäftsleuten läßt sich daselbe sagen. Die mit Ehrenämtern aller Art Betrauten genießen auch prächtig. Einbrüche bei Landpfarrern bewiesen, daß dort noch viel zu holen war. In Berlin gibt es Leute, die einen netten Kartoffelvorrat im Keller haben, aber doch noch im Besitze ihrer Kartoffelkarten sind.

Möchten alle jene Eigennütigen das Vorstehende beherzigen! Dann wird es uns allen um so leichter werden durchzuhalten.

Höchstpreise für Spinnpapier und Papiergarn.

Mit dem 20. Februar traten die Höchstpreise für Spinnpapier und Papiergarn in Kraft. Danach dürfen nicht übersteigen die Preise für das Kilo Spinnpapier, bei einem Gewicht des Quadratmeters von beispielsweise 70 Gramm und mehr, 75 bis 98 Pf., von 65 bis 69 Gramm aber 85 bis 108 Pf., 60 bis 64 Gramm 90 bis 113 Pf.; diese Abstufungen setzen sich fort bis auf 18 bis 21 Gramm mit 172 bis 195 Pf. sowie 17 Gramm und darunter mit 202 bis 225 Pfennig. Innerhalb der einzelnen Gewichte regelt der Gehalt an Natron- (Sulfat-) Zellstoff die Preise; für jede Gewichtsklasse ergeben sich dabei fünf Preisklassen, die in den vorhin ange deuteten Spannungen enthalten sind. Angemessene Zuschläge auf diese Grundpreise, welche sich bei der Verwendung von ungebleichtem Zellstoff verstehen, dürfen berechnet werden: a) für Schneiden in Spinnrollen, b) bei Mitverwendung von gebleichtem Zellstoff. Beim Mitverwenden von holzhaltigen Abfällen, Holzschliff oder Füllstoff ermäßigen sich dagegen die Grundpreise entsprechend. Die Berechnung der Zu- und Abschläge muß in der Rechnung ersichtlich gemacht werden.

Im übrigen verstehen sich die Höchstpreise für Spinnpapier auf Grund eines Feuchtigkeitsgehalts des Papiers von 6 bis 8 vom Hundert des absoluten Trockengewichts, einschließlich Füllen und Verpackung in Packpapier, ab Fabrik oder Lagerstelle des Verkäufers, ohne Abzug gegen bar, mit einem Ziel von 14 Tagen ab Versand. Innerhalb 3 Monate — gerechnet vom Tage des Eintreffens — zurückgeforderte Holzschliffen müssen bei frachtfreier Rückführung in gebrauchsfähigem Zustande zum Papierpreise zurückgenommen werden.

Die Höchstpreise für Papiergarn gelten für Kreuzspul-aufmachung, auf Grund eines Feuchtigkeitsgehalts des Garnes von 15 vom Hundert des absoluten Trockengewichts, einschließlich Spulen und ausschließlichen des Gewichts der Verpackung, ab Fabrik oder Lagerstelle des Verkäufers, ebenfalls ohne Abzug gegen bar, mit einem Ziel von 14 Tagen ab Versand. Das Gewicht der Spulen darf 1 vom Hundert des Gesamtgewichts (Gewicht von Garn und Spulen) bei 15 vom Hundert Feuchtigkeit nicht übersteigen; überschreitet es diese Grenze dennoch, so ist der Unterschied zwischen dem erlaubten und dem tatsächlichen Spulengewicht zum vollen Garnpreise zu vergüten. Packung darf in Rechnung gestellt werden, muß aber bei spesenfreier Rückführung innerhalb eines Monats — gerechnet vom Tage des Eintreffens — in gebrauchsfähigem Zustande zum vollen Betrage zurückgenommen werden.

Die Grundpreise für das Kilo einfaches gezwirntes oder geschmürtes Papiergarn, welches mit anderen Fasern Stoffen nicht gemischt ist, sind teils nach dem Durchmesser des benutzten Papiers teils nach metrischen Nummern bemessen; im letztgenannten Falle bedeutet die Nummer die Zahl der Kilometer, die von einem Papiergarn bei 15 vom Hundert Feuchtigkeit auf 1 Kilo gehen. Sie stellen sich für metrische Garnnummern 1 auf 169 bis 195 Pf., 2 auf 189 bis 215 Pf., 2,4 auf 209 bis 235 Pf., 3 auf 219 bis 245 Pf., 3,5 auf 244 bis 270 Pf., 4 auf 274 bis 300 Pf., 4,5 auf 329 bis 355 Pf. und für metrische Garnnummern 5 auf 389 bis 415 Pf. (Innerhalb dieser einzelnen Spannungen regelt der Gehalt an Natron bzw. Sulfatzellstoff die Preise mit je fünf Abstufungen.) Die Preise für Zwischennummern stehen in entsprechendem Verhältnis. Für Garn, das gröber ist als 1 metrisch, bestimmen sich die Preise nach dem Durchmesser.

Als Grundpreise für die ange deuteten Arten von Papiergarn nach dem Durchmesser gelten 1. bei Verwendung eines Papiers von mehr als 70 Gramm für 1 Quadratmeter: bei 2 Millimeter Durchmesser 130 bis 156 Pf., bei 3 Millimeter 120 bis 146 Pf., 4 bis 8 Millimeter 115 bis 141 Pf. und bei 9 bis 12 Millimeter 110 bis 136 Pf.; 2. bei Verwendung eines Papiers von weniger als 70 Gramm für 1 Quadratmeter errechnen sich die Preise folgendermaßen: 110 vom Hundert des Höchstpreises des verwendeten Papiers (siehe oben) mit folgendem Zuschlag: bei einem Durchmesser von 2 Millimeter 47 Pf., bei 3 Millimeter 37 Pf., 4 bis 8 Millimeter 32 Pf. und bei 9 bis 12 Millimeter 27 Pf.

Als Zuschläge auf diese Grundpreise von Papiergarn dürfen berechnet werden: a) für andere Aufmachung: 1. für Bündel-, Knäuel-, Zweifachaufmachung ein angemessener Zuschlag; 2. für Garn auf Kopspsulen bei Nr. 3 und gröber 7 1/2 Pf., bei höheren Nummern 7 1/2 zuzüglich je 2 Pf. für jede halbe Nummer; b) für Zwirnen allein:

	Nr. bis 0,9	1—1,9	2—3,5	3,6—5
zweifach	20	30	35	40
drei- und mehrfach	15	25	30	35
für Zwirnen und Schürren	50	80	105	130

Für Imprägnieren, Lüftieren, Polieren, Bleichen, Flechten, Schneiden auf Länge darf ein angemessener Zuschlag berechnet werden. Bei Verwendung eines Papiers, das unter Mitverwendung von holzhaltigen Abfällen, Holzschliff oder Füllstoff erzeugt ist, ermäßigen sich dagegen die Grundpreise entsprechend. Die Berechnung der Zu- und Abschläge muß in der Rechnung ersichtlich gemacht werden.

Die Numerierung von Papierstoffgarnen.

Dr. Gierber schreibt Ing. R. Landien in der Zeitschrift „Der Deutsche Fein-Industrielle“ wie folgt:

Die Numerierung der Papierstoffgarnen nach dem metrischen Feinheitsnummernsystem. (Man versteht unter metrischer Feinheitsnummer die Zahl, welche angibt, wieviel Meter eines Garnes auf ein Gramm kommen.) Es ist auch hier wichtig, vor dem Spinnen die Garnnummer festzulegen. Bei den durch geeignete Faltvorrichtungen gezogenen Flachgarnen wird die Nummer bestimmt, indem man das Gewicht eines Quadratmeters des zu verspinnenden Papiers ermittelt und danach die Breite des Papierstreifens festlegt, woraus sich ohne weiteres die Nummer berechnen läßt. Wiegt beispielsweise 1 m² Papier = 20 g und ist dieser in 200 Streifen von je 5 Millimeter geschnitten, so erhält man aus diesen Streifen 200 : 20 = Garn Nr. 10.

In nachstehender Tabelle sind die Garnnummern ermittelt für Flachgarn, bei gegebener Breite des Papierstreifens und gegebenem Gewicht eines Quadratmeters des Papiers.

Gewicht =	20	25	30	35	40	45	50	55
Breite = 5 in mm	10,00	8,00	6,67	5,71	5,00	4,44	4,00	3,64
6	8,88	6,67	5,56	4,76	4,17	3,70	3,33	3,03
7	7,14	5,57	4,76	4,08	3,57	3,17	2,86	2,60
8	6,25	5,00	4,17	3,57	3,13	2,78	2,50	2,27
9	5,56	4,44	3,70	3,17	2,78	2,47	2,22	2,02
10	5,00	4,00	3,33	2,86	2,50	2,22	2,00	1,82
11	4,55	3,64	3,03	2,60	2,27	2,02	1,82	1,65
12	4,17	3,33	2,77	2,38	2,08	1,85	1,67	1,52
13	3,85	3,08	2,56	2,20	1,92	1,71	1,54	1,40
14	3,57	2,86	2,38	2,04	1,79	1,59	1,43	1,30
15	3,33	2,67	2,22	1,90	1,66	1,48	1,33	1,21
16	3,13	2,50	2,08	1,79	1,56	1,39	1,25	1,13
17	2,94	2,35	1,96	1,68	1,47	1,31	1,18	1,07
18	2,78	2,22	1,85	1,59	1,38	1,23	1,11	1,01
19	2,63	2,11	1,75	1,50	1,32	1,17	1,05	0,96
20	2,50	2,00	1,67	1,43	1,25	1,11	1,00	0,91

Gewicht =	60	65	70	75	80	90	100 g pro m ²
Breite = 5 in mm	3,33	3,08	2,86	2,67	2,50	2,22	2,00
6	2,78	2,56	2,38	2,22	2,08	1,85	1,67
7	2,38	2,20	2,04	1,90	1,79	1,59	1,43
8	2,08	1,92	1,79	1,66	1,56	1,39	1,25
9	1,85	1,71	1,60	1,48	1,40	1,23	1,11
10	1,67	1,54	1,43	1,33	1,25	1,11	1,00
11	1,52	1,40	1,30	1,21	1,14	1,01	0,91
12	1,39	1,28	1,19	1,11	1,04	0,93	0,83
13	1,28	1,18	1,10	1,03	0,96	0,85	0,77
14	1,19	1,10	1,02	0,95	0,89	0,79	0,71
15	1,11	1,00	0,95	0,88	0,83	0,74	0,67
16	1,04	0,96	0,89	0,83	0,78	0,69	0,63
17	0,98	0,90	0,84	0,81	0,74	0,65	0,59
18	0,93	0,85	0,79	0,74	0,69	0,62	0,56
19	0,88	0,81	0,75	0,70	0,66	0,58	0,53
20	0,83	0,77	0,71	0,67	0,63	0,56	0,50

Während die Bestimmung der Garnnummer für die Flachgarnen sehr einfach ist, ist dieselbe für die runden, geformten Papierstoffgarnen etwas schwieriger. Bei letzterem kommt neben dem Gewicht eines Quadratmeters Papier und der Breite des geschnittenen Papierbandes der Umstand hinzu, daß durch das Drehen ein Verkürzen des Bandes herbeigeführt wird, womit eine Erhöhung des Gewichtes verbunden ist. Je stärker also die Drehung eines und desselben Papierbandes wird, um so stärker wird die Nummer des Papierstoffgarnes. Zum Beispiel waren zur Herstellung von 1 m Garn aus Papier mit 40 g pro 1 m² und einer Streifenbreite von 8 mm bei einer sehr starken Drehung von 430 pro 1 m = 1,33 m Band notwendig, während unter denselben Verhältnissen bei normaler Drehung von 200 pro 1 m nur 1,06 m Band notwendig waren.

Die Nummer des Papierstoffgarnes ist also gleich der Nummer des Flachgarnes, dividiert durch einen Prozentfaktor, welcher sich aus der Drehung ergibt. Bei normaler Drehung wird dieser Faktor, wie Versuche ergeben haben, im allgemeinen um 1,06 bis 1,07 liegen und man kann leicht durch Umrechnung der Tabelle auf die entsprechenden Werte für die Papierstoffgarnen kommen, indem man eben die in der Tabelle ermittelte Nummer durch den Faktor dividiert.

Bei der Bestimmung der Garnnummer muß das Garn resp. das Papier natürlich normal trocken sein, da sonst falsche Werte ermittelt werden. Man wolle sich ferner nicht durch die Dicke eines Garnes täuschen lassen, da die Hohlräume im Innern eines Fadens bei schwacher Fäzlung und Drehung erheblich größer sind als bei guter dichter Fäzlung und scharfer Drehung. Im ersteren Falle wird der Faden stärker erscheinen als seiner Nummer entspricht. Im allgemeinen dürfte man den schwächer gedrehten Faden wegen seiner größeren Haltbarkeit und Gleichmäßigkeit, auch wegen der Dichtigkeit des aus ihm entstehenden Gewebes vorziehen.

Aus der Textilarbeiterbewegung.

Lohnbewegung der Textilarbeiter in Luckenwalde.

Mit Ausnahme einiger Monate im Herbst 1914 und Frühjahr 1915 haben die Textilarbeiter in Luckenwalde außerordentlich unter Rohstoffmangel und, dadurch verursacht, auch unter so niedrigen Löhnen gelitten, daß unter allen Umständen Abhilfe geschaffen werden muß. Jene eine Lohnerhöhung, die den veränderten Lebensverhältnissen während der Kriegszeit Rechnung getragen hätte, hat niemals stattgefunden. Die im August 1915 gewährte Kriegszulage kann wegen ihrer geringen Höhe auch nicht als ein Ausgleich angesehen werden.

Es wurden deswegen folgende Forderungen gestellt:

1. Für Lohnarbeiter in der Weberei ein Mindestlohn von 30 Mk. pro Woche;
 - a) für das Anknüpfen der Ketten pro Hundert Faden 10 Pf.;
 - b) 75 Proz. Lohnzuschlag pro 1000 Schuß;
 - c) die ausfallenden Arbeitsstunden (Reparaturen, Warten auf Kette oder Spulen usw.) werden mit 50 Pf. bezahlt;
 - d) Weber und Weberinnen erhalten gleichen Lohn.
2. In allen anderen Abteilungen wird ein Stundenlohn von 40 Pf. gezahlt. Bestehende höhere Löhne dürfen nicht herabgesetzt werden.

Auf diese Forderungen gaben die Fabrikanten einen so nichtsfagenden Bescheid, daß sich die Arbeiter veranlaßt sahen, das Kriegsamt als Vermittlungsstelle anzurufen.

Darauf ist den Luckenwalder Betrieben von der „Kriegsamtstelle in den Marken“ folgender Vermittlungsvorschlag unterbreitet worden:

„Auf die von den Arbeiterausschüssen der Luckenwalder Textilindustrie an das Kriegsamt gerichtete Eingabe, betreffend Lohnstreit zwischen Arbeiterchaft und Fabrik, macht die Kriegsamtstelle auf Grund sachverständiger Prüfung folgenden Vermittlungsvorschlag:

1. Für Lohnarbeiter in der Weberei wird ein Grundlohn von 24 Mk. (40 Pf. pro Stunde) gezahlt;
 - a) für das Anknüpfen pro 100 Faden 7 Pf.;
 - b) 40 Proz. Lohnzuschlag pro 1000 Schuß;
 - c) die ausfallenden Arbeitsstunden werden mit 40 Pf. bezahlt;
 - d) Weber und Weberinnen erhalten gleichen Lohn, wenn letztere zu ihrer Arbeit die Hilfe von Männern nicht in Anspruch zu nehmen brauchen.
2. In allen anderen Abteilungen wird ein Stundenlohn von 35 Pf. bezahlt. Sollten in einzelnen Abteilungen schon höhere Löhne bestehen, so dürfen diese nicht gefürzt werden.

Es wird bemerkt, daß dieser Vorschlag auch Ihrer Fabrik unterbreitet worden ist. Sie wollen in den Arbeiterausschüssen diesen Vorschlag beraten und das Ergebnis der Kriegsamtstelle mitteilen.

Unterschrift.

Trotzdem die Vorschläge die Arbeiter durchaus nicht befriedigten, haben die Unternehmer dieselben glatt abgelehnt. Die Arbeiter wollten alles vermeiden, was Betriebsstörungen herbeiführen könnte; hoffentlich lassen sich die Unternehmer noch in letzter Stunde von demselben Bestreben leiten und bewilligen die in den heutigen Zeitläuften als äußerst bescheiden zu bezeichnenden Forderungen der Arbeiter, bevor dieselben zwecks Durchsetzung ihrer Forderungen zu weiteren Schritten ihre Zuflucht nehmen, die auch in anderen Orten, wo die Verhältnisse ähnlich sind, sehr leicht Nachahmung finden könnten, denn die Textilarbeiter haben es fast überall gründlich satt, alle möglichen Kriegserschwernisse zu tragen, und sehen zu müssen, wie im Gegenzug zu ihnen ihre Anwender aus dem Kriege fortgesetzt Nutzen ziehen. Die Unternehmer stellen sich zwar oft so, als ob sie jetzt auch nicht viel verdienen, doch die Gewinne der Aktiengesellschaften strafen sie meist Lügen. Doch wie dem auch sei: gegenwärtig ist es, sozial und wirtschaftspolitisch, ein ganz unhaltbarer Zustand, wenn der Lohn der Textilarbeiter so gering ist, daß, wie es an vielen Orten geschehen muß, neben dem Lohn noch Erwerbslosenunterstützung gezahlt werden muß. Die Preise, die für die hergestellten Erzeugnisse an die Unternehmer gezahlt werden, sind im allgemeinen keineswegs so gering, daß sie höhere Löhne nicht zulieken; wir haben das wiederholt schon zeigen können. Wo es aber der Fall wäre, da müßten dann einfach höhere Preise für das fertige Gewebe gezahlt werden.

Es wird doch jetzt in der Hauptfrage für das Reich geliefert; dem Reich kann es aber schließlich in finanzieller Beziehung gleich sein, ob es für seinen Heeresbedarf einen Preis zahlt, der die Gewährung auskömmlicher Löhne ermöglicht oder ob es das Geld in Form von Unterstützung hergeben muß. Den Arbeitern hingegen kann es vom moralischen Standpunkt aus nicht gleichgültig sein, wenn sie für ihre aufopfernde Tätigkeit anstatt eines ehrlich verdienten auskömmlichen Lohnes eine Unterstützung erhalten. Ein Arbeiter mit nur etwas Selbstbewußtsein wird dies immer innerlich höchst unangenehm empfinden. Man würde also an maßgebender Stelle sehr gut tun, wenn man solche Preise zahlt, die die Zahlung auskömmlicher Löhne gestatten, wobei natürlich bei der erheblichen Preissteigerung nicht mit wenigen Groschen gerechnet werden kann. Es würde dabei auch eine

Menge Verwaltungsarbeit überflüssig, da die Festsetzung und Auszahlung der Unterstützung einen erheblichen Arbeitsaufwand verursacht. Glaubt indes die Seeresleitung, daß ihre Preise schon jetzt derart sind, daß die Unternehmer bei der Lohnbemessung nicht knauserig zu sein brauchen, dann könnten ja Preisprüfungsstellen dieser Frage einmal näher treten. Man könnte sich die traurigen Löhne der Textilarbeiter ansehen und wenn man diese nicht im richtigen Verhältnis zu den gegahlten Warenpreisen findet, auf entsprechende Erhöhung dringen. Hohe Gewinne auf allen Gebieten sind zwar heute erste Richtschnur, notwendiger sind jedoch auskömmliche Löhne für die Erzeuger der Waren, damit diese wenigstens die ihnen zugeleitete Nahrungsmenge erwerben können, was heute bei manchem Textilarbeiter nicht der Fall sein dürfte. Das muß aber für die spätere Leistungsfähigkeit der Textilarbeiter höchst nachteilig werden, und das wiederum für unsere ganze Volkswirtschaft und unseren Wettbewerb auf dem Weltmarkt, für den der Krieg zum Teil geführt wird. Soll unser Kriegsziel erreicht werden, so gilt es nicht nur den äußeren Feind mit Erfolg abzuwehren, sondern auch den inneren Feind dauernd niederzuhalten: die kapitalistische Gier, die Arbeitslöhne möglichst niedrig und den Kapitalgewinn möglichst hoch zu halten. Volkswirtschaftlich wäre das umgekehrte Verfahren zu empfehlen, weil es dem ganzen Volke zugute käme. Doch solche Wahrheiten wird man den Unternehmern fast stets vergebens predigen.

Aus der Textilindustrie.

Wie steht es um das Leinengewerbe?

Die Leinenindustrie Deutschlands hat in diesen Kriegsjahren am wenigsten unter einschränkenden Maßnahmen gestanden. Sie hatte immer Rohmaterial und gutlohnenden Warenabfah. Wenn auch die Rohstoffzufuhr aus dem Ausland ausblieb, so fand sich Ersatz im Inland durch eigenen Flachsanbau. Die Förderung des inländischen Flachsanbaues geht jetzt mächtig vorwärts. In Erkenntnis der großen Bedeutung und des Vorteils, die eine Vergrößerung der deutschen Flachsanbaufläche in sich schließt, auch in bezug auf Stärkung unseres Nationalvermögens, stellte das Reich weitere 5 Millionen Mark zur Förderung des deutschen Flachsanbaues im Jahre 1917 zur Verfügung. Die deutschen Leinenpinnereien und -webereien bewilligten zu gleichen Zwecken 2 1/2 Millionen Mark, die durch eine freiwillig übernommene Fabrikationssteuer in Höhe von 2 Pf. für jedes Kilogramm Garn und Gewebe aufgebracht werden soll. Die gesamte Anbaufläche betrug in Deutschland für das Jahr 1916 rund 22 083 Hektar, hoffentlich wird man in diesem Jahre 40 bis 50 000 Hektar bestellen können. Im Jahre 1873 waren in Deutschland noch 133 890 Hektar mit Flachsbau bebaut, 1913 war jedoch die Anbaufläche auf 10 000 bis 12 000 Hektar herabgesunken. Auf ein Hektar Flachsbau könnten 600 Kilogramm Flachsbau, außerdem 600 Kilogramm Leinflanen, der ein gutes Del liefert, erzielt werden, ferner aus deren Rückständen große Mengen Delfuchen. Die Anbaufläche im Jahre 1916 hat sich also gegenüber derjenigen im letzten Friedensjahre verdoppelt; außerdem sind 40 neue Flachsbereitungsanstalten gegründet worden. Die Steigerung auf 40 000 bis 50 000 Hektar würde daher gut zu ermöglichen sein, ohne daß dadurch Ackerbau dem Zwecke der Volksernährung entzogen werde. Alle Vorbedingungen sind jetzt vorhanden, daß sich Deutschland in absehbarer Zeit von dem Bezuge russischen Flachses unabhängig machen kann. Im Jahre 1913 stammten 5/6 unserer Flachseinfuhr aus Rußland, 1/6 aus Oesterreich, Belgien und Holland. Deutschland selbst baute auf den 10—12 000 Hektar annähernd 4 1/2 Millionen Kilogramm. Durch die Kriegsfachsbaugefellschaft sind die Preise jetzt auch höher angefetzt worden. Für Durchschnittsware werden 25 Mk. per 100 Kilogramm für die Erträge aus der Ernte 1917 gezahlt, für Edelflachs bis 28 Mk. und für geringeren Flachsbau, soweit er noch spinnfähig ist, 20 Mk. per 100 Kilogramm. Wie im vorigen Jahre garantiert auch diesmal die Kriegsfachsbaugefellschaft wieder die Abnahme der Ernte. — In den deutschen Leinenpinnereien war der Verkehr im letzten Vierteljahr recht lebhaft, die jetzt noch vorliegenden Aufträge geben den Betrieben Beschäftigung bis zum Mai-Juni. Die Umsätze gingen im Dezember etwas zurück, nachdem aber seitens der Behörden im Laufe des Januar günstigere Preisfestsetzungen stattgefunden haben, zeigten sich die Spinner den Verbrauchern gegenüber entgegenkommender, wodurch diese zu umfangreichen Abschläffen veranlaßt wurden. — Für die Erzeugnisse der Leinen- und Halbleinwebereien war durchgehends eine sehr rege Nachfrage zu verzeichnen. Die Aufträge in Bettüchern, Handtüchern, Dreilen, Zelt- und Segeltuchen sowie Sackstoffen waren so bedeutend, daß in den meisten Betrieben aufs angestrengteste gearbeitet werden mußte, um allen Lieferungsanforderungen gerecht zu werden. — Die Hauptversammlung des Verbandes deutscher Leinenwebereien beschloß unterm 27. März 1917 einstimmig die Einführung einheitlicher Zahlungs- und Lieferungsbedingungen für das Deutsche Reich auf die Dauer von 3 Jahren.

Zusammenfchluß der Papiergarnpinner.

Die deutschen Kammgarnpinnereien, die sich mit der Herstellung von Papiergarnen befassen, haben sich im Verein Deutscher Wollkammer und Kammgarnpinner zu einer besonderen Gruppe unter dem Namen Verein Deutscher Wollkammer und Kammgarnpinner, Gruppe der Papiergarnpinner, zusammengeschlossen. Der Sitz ist Berlin W. 9, Rudawefter Straße 6 II. Die Geschäfte der Gruppe werden durch den Geschäftsführer des Vereins, Dr. S. Behnjen, geführt.

Die Wirkung des Seekriegs auf die holländische Textilindustrie.

Die holländische Textilindustrie, die ihren Mittelpunkt in der Provinz Twente hat, ist von einer vollständigen Stillfetzung bedroht. Bisher arbeitete sie infolge der verfürgten Kohlenzufuhr mit beschränkter Arbeitszeit, jetzt aber hat die Zufuhr von Baumwollgarnen aufgehört. Der verschärfte Seekrieg hat die Zahl der holländischen Schiffe, die nach England fahren, bedeutend vermindert. Und nach dem Zwischenfall mit der „Prinzeß Melitta“, d. h. nach der Zurückweisung bewaffneter Handelsschiffe, hat das englische Kriegsdepartement erklärt, daß fortan Ausfuhrbewilligungen nur unter der Bedingung erteilt werden, daß die Ware auf niederländischen Schiffen transportiert wird. Die englischen

Spinnereien haben daraufhin mitgeteilt, daß sie die Produktion für Holland nicht weiter fortsetzen können, wenn Holland nicht schleunigst für Verschiffung sorgt. Die holländischen Reederei scheinen nicht geneigt, Abhilfe zu leisten. Und so stehen 30 000 Arbeiter die Arbeitslosigkeit vor der Tür.

Webstoffpreise einft und jetzt.

Die Webstoffpreise sind gegenüber denen im Frieden so enorm in die Höhe getrieben worden, trotz Reichsbesleistungsstelle und Preisbeschränkungsverordnung, daß man tatsächlich aus dem Staunen nicht herauskommt. Dabei steht fest, daß die Arbeitslöhne an dieser enormen Steigerung so gut wie gar keinen Anteil haben. Oft haben sich die Textilarbeiter sogar wehren müssen gegen den Versuch, die Löhne zu kürzen.

In welcher sprunghafter Weise die Preise emporgeflettert sind, zeigt folgende Gegenüberstellung, die wir im „Konfektionär“ finden:

	Per Meter	Vor dem Kriege	Jetzt
Reinwollene Gabardinestoffe	3-8 Mk.	30-35 Mk.	
Reinwollene Twills	2-3 "	30 "	
Reinwollene Cheviots	von 90 Pf. an	18-23 "	
Bei Baumwollwaren zeigt sich die gleiche Erscheinung:			
Baumwollene Druckware	75	6-8 "	
Forster und andere Laufstiefel	1 Mk.	8 "	
Cobertcoats	2	20 "	
Reinwollene Cobertcoats	6	30-40 "	
Dagegen sind halbwoollene Stoffe nicht in dem Maße gestiegen wie reinwollene und solche aus ganzer Baumwolle, da man sich hier mit Kunstwolle gut helfen konnte. Trotzdem zeigt sich noch folgende Steigerung:			
Ultracham-Modär	4-8 Mk.	25-30 "	

Ein Artikel, der für billige Waren in früheren Jahren in großen Mengen gebraucht wurde, ist z. B. Sealkin, der aus Kälberhaaren hergestellt wird. Er ist gänzlich vom Markt verschwunden.

	Vor dem Kriege	Jetzt
Seal	11,- Mk.	40,- Mk.
Leinen- und Baumwollzutaten, die die Konfektion verarbeitet, sind um 400 Prozent teurer als im Frieden:		
Clath	1,- Mk.	6,- Mk.
Batist, Mull, Boile für Kleider und Wuschgewebe	1,20	4,75
Seide ist um 300 Proz. gestiegen	3,-	9,-

Was zeigt diese Gegenüberstellung? Sie zeigt, daß Webwaren, daß Textilprodukte überhaupt nach dem Kriege einen weit höheren Preis vertragen können wie vor dem Kriege und daß dann auch bedeutend höhere Löhne gezahlt werden können.

Berichte aus Fachkreisen.

Berlin. Die Lohnverhältnisse in den Groß-Berliner Färbereien und chemischen Waschanstalten. In der Sitzung vom 11. Februar 1917 des Verbandes der deutschen Färbereien und chemischen Waschanstalten, E. V., Sitz in Hamburg (siehe „Deutsche Färber-Zeitung“, Nr. 12), wurde von allen Mitgliedern Klage geführt über die rapid wachsenden Lohnforderungen der Arbeiter; der hohe Verdienst in den Munitionsfabriken und Kriegslieferungsstellen trage die Schuld daran. — Also rapid wachsende Lohnforderungen der Arbeiterschaft sind zu erwarten. Woher kommt das bei einer so lammfremden Arbeiterschaft, wie es die in den Färbereien beschäftigte bisher war? Zur Beantwortung dieser Frage ist es wohl notwendig, die bisher gezahlten Löhne zu prüfen. Als Schulbeispiel möge folgendes dienen. Die größte Färberei und Waschanstalt Groß-Berlins verlangte am 18. Februar 1916 von den Berliner Arbeitsnachweifen 20 Textilarbeiter im Alter von 14 bis 50 Jahren zu einem Stundenlohn von 20 bis 45 Pf.; dementsprechend höherer Akkordverdienst wurde in Aussicht gestellt. Der Facharbeitsnachweis für Textilarbeiter, Andreasstr. 17, vermittelte eine Arbeiterin, die 20 Jahre in der Branche tätig war, eine alleinstehende Frau, die noch für ein schulpflichtiges Kind zu sorgen hatte. Dieser Arbeiterin wurde ein Stundenlohn von 22 Pf. geboten, das macht bei sechzigstündiger Arbeitszeit 13,20 Mk. Hieron sind 2 Mk. für Verpflegungsbeträge und Fahrgehd in Abzug zu bringen. Es verbleiben zur Lebensnotdurft, Miete usw. für Mutter und Kind 11,20 Mk. Und das in der heutigen Zeit, wo sogar von amtlicher Stelle ein Stundenlohn von 1,30 Mk. als zu niedrig bezeichnet worden ist. Wenn die Besitzer der Färbereien solche Löhne zahlen würden, die den Zeitverhältnissen entsprächen, dann brauchten sie nicht zu klagen über rapid wachsende Lohnforderungen und über dauernden Mangel an Arbeitskräften.

Gassel. Die hiesige Segeltuchindustrie mit ihren Zweigbetrieben in Hest.-Lichtenau, Eichenstruth und Melfungen war schon immer auf den Reichbedarf und staatliche Lieferungen zugeschnitten. So konnte es denn auch nicht fehlen, daß mit Kriegsausbruch und nach Ueberwindung der ersten Schwierigkeiten eine nie dagewesene Hochkonjunktur einsetzte, die die größten Anforderungen an die Leistungen der Betriebe und Arbeiter stellte. Im Verlaufe der ersten Kriegsmonate wurden durch die zahlreichen Einberufungen zum Seeresdienst die Textilbetriebe mehr und mehr entblößt, und neue wenig geübte Arbeitskräfte traten an deren Stelle. Solange der Rohstoffmangel nicht in Erscheinung trat und Baumwolle noch genügend vorhanden war, war es nicht schwer, daß auch die weniger geübten Arbeiter und Arbeiterinnen einen annehmbaren Lohn verdienten. Dagegen waren die noch vorhandenen alten Arbeitskräfte durch den Arbeitermangel insofern benachteiligt, als an sie die meist weniger gutlaufenden und deshalb auch weniger gutlohnenden Arbeiten kamen. Die Abhängigkeit des Webers an die Güte des zu verarbeitenden Materials tritt am Lohntage immer wieder in Erscheinung, und so war es kein Wunder, daß den alten eingearbeiteten Webern und Weberinnen bei mehr Arbeit weniger Verdienst zufloß als den Neulingen. Mit dem Mangel an Baumwolle änderte sich das Bild, denn an ihre Stelle traten andere Rohstoffe, deren Verarbeitung in der Regel die Neulinge nicht gewachsen waren. Die Löhne sanken infolgedessen erheblich und brachten fast den ganzen neuen Zuwachs an Arbeitskräften zum Verschwinden. Da teilweise auch die Betriebe bei dem Nachlassen von Aufträgen sofort mit Massenentlassungen einsetzten, so war erst recht ein Grund vorhanden, die Lätigkeit in der Textilindustrie aufzugeben und sich nach anderer und lohnenderer Arbeit umgesehen. Die neuerrichtete staatliche Munitionsindustrie zog die Textilarbeiter zu vielen Hunderten in ihren Betrieb, und wenn die Unternehmer bisher geglaubt hatten, daß sie die Arbeiter so, wie sie sie brauchten, einstellen könnten, so sahen sie sich bitter getäuscht. Es trat anstelle des Ueberangebots von Arbeitskräften eine größere Nachfrage nach solchen ein. Letzteres konnte nicht ohne Einfluß auf die Lohnhöhe bleiben. Es gab Kriegszulagen, wenn sie auch zunächst sehr mager ausfielen. Im ferneren Verlauf der Kriegszeit sah man sich aber gezwungen, immer weiter auf diesem Wege fort-

zufahren, ohne daß eine Besserung im ganzen zu verzeichnen war. Der Firma Salgmann u. Comp. blieb kein anderer Weg, um dem Arbeitermangel zu steuern, als mit der Kriegszulage allmählich auf 12 Pfennig pro Arbeitsstunde zu steigen. Trotzdem war die Arbeiterflucht nicht aufzuhalten. So sah sich dieselbe Firma wieder vor einigen Tagen veranlaßt, ihren ländlichen Arbeitern mitzugeben, daß sie das Fahrgehd zur und von der Arbeitsstätte tragen würde, und verlangte die entsprechenden Angaben. Damit waren aber diejenigen, die jeden Morgen auf Schusters Klappen ihrer Arbeitsstätte zutreiben, nicht einverstanden und verlangten auch für sich ihren Anteil. Die Kriegszulage wurde infolgedessen weiter um 2 Mk. pro Woche gesteigert — für alle Arbeiter. Damit ist aber der Massenflucht noch nicht entgegengetritt, denn die Rückfahrungen geben flott von staten. So ist denn nun für einen aufmerksamen Beobachter zu erkennen, wie die Firma Salgmann u. Comp. sich abmüht, der Arbeiterflucht zu steuern, mit kleinen Mitteln ihrer aber nicht Herr werden kann, weil man sich nicht dazu aufschwingt, den Textilarbeitern eine untere Lohngrenze zu sichern. Auch die Firma Fröhlich u. Wolff in Hest.-Lichtenau krankt an denselben Erscheinungen. Der Arbeitermangel ist hier schon seit Jahren chronisch. Schon die Infektionsgebühren um Arbeitergefuche müssen dieser Firma eine ganz erhebliche Summe kosten, denn aus allen Teilen des Reiches laufen bei der Verbandsleitung fortgesetzt Anfragen nach den Arbeitsverhältnissen bei der Firma ein. Ein Versuch der Organisationsleitung, die Firma zu bewegen, ihren Arbeitern einen annehmbaren Lohn zu sichern, scheiterte an ganz richtigen Gründen. Und weil die Arbeiterschaft die Kunst noch nicht begriffen hat, von der Luft und von nationalen Redensarten zu leben, so müssen auch hier alle Versuche, Arbeitskräfte von auswärts zu erhalten, fehlschlagen. Die Firma Fröhlich u. Wolff glaubte nun ein Radikalmittel gefunden zu haben, indem sie dem Kriegsamte mitteilte, daß sie den Anforderungen der Seeresleitung nicht nachkommen könnte, wenn der Lätigkeit des tiefsten Vertrauensmannes des Textilarbeiter-Verbandes nicht Einhalt getan würde. Ob sich die Firma wohl gedacht hat, daß die Verbandsangestellten unter dem Kriegsrecht nur die Pflicht haben, Beklame für die Unternehmer zu machen. . . . Auch vom Kriegsamte ist der Firma gesagt worden, daß ausreichende Löhne die beste Empfehlung für die Unternehmer seien. Auch bei den anderen Firmen hapert es ganz gewaltig. Die Streckung der Rohstoffe und die immer mehr zur Verwendung kommenden Papiergarne beeinflussen die Arbeitsleistung und damit auch den Verdienst immer ungünstiger. Schon ein Stillstand der Löhne bedeutet unter den jetzigen Teuerungsverhältnissen ein gewaltiges Manko im Arbeiterhaushalt, um so mehr muß dieses aber noch gar bei gesunkenen Löhnen in Erscheinung treten. Daß aber erheblich höhere Löhne gezahlt werden könnten, ergibt sich aus den Berichten der Aktiengesellschaften. Auch bei den anderen Firmen ist zu erkennen, daß in Form von gewaltigen Erweiterungsarbeiten ihrer Betriebe der Kriegsgewinn erheblich sein muß. Es ist nicht zu erwarten, daß die Unternehmer, ohne von der Arbeiterschaft dazu getrieben zu sein, den Arbeitern das Leben zu erleichtern suchen, deshalb bleibt diese Aufgabe nach wie vor den gewerkschaftlichen Organisationen vorbehalten.

Es liegt aber nicht an den Arbeitern und ihren Vertrauensleuten, sondern an den aus der Not des Krieges sich entwickelnden, für die Arbeiter ungünstigen wirtschaftlichen Zustände, daß die Arbeiter darauf drängen, ausreichende Löhne zu erhalten. Leider sehen das viele Unternehmer nicht ein, und daher ist es selbstverständlich, daß von den einsichtigen Arbeitern an die der Einsicht noch ermangelnden Arbeiter der Ruf ergeht, unablässig für die Ausbreitung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes tätig zu sein. Wenn dann die Organe des Verbandes die Interessen seiner Mitglieder wahrzunehmen suchen, so handeln sie lediglich im Auftrage dieser, immer in der Hoffnung, daß es ihnen gelingen werde, Streitpunkte ohne Betriebsstörung zu erledigen, was doch den Kriegsamten nur erwünscht sein kann, weshalb auch jeder von Unternehmerseite gemachte Versuch, die Kriegsamte und ähnliche Einrichtungen gegen sie einzunehmen, scheitern muß. Die Unternehmer erzielen so hohe Preise, daß sie vielfach mehr zahlen könnten. Würden sie das tun, so wäre die Erledigung der von ihnen entgegengenommenen Aufträge niemals gefährdet, sondern stets in höchstem Maße gesichert.

Quittung.

Im März gingen bei dem Unterzeichneten ein aus Grünsachsen 6,30 Mk.
 Weitere Beiträge erwünscht: pro Mitglied und Jahr 5 Pf. nach dem Mitgliederstande vom 1. Januar
 Paul Wagener, Berlin O. 27, Andreasstr. 81, 3 Et.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.
 Sonntag, den 15. April, ist der
 15. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderungen.

Gau 1. Hannover. Der Geschäftsführer ist eingezogen. Sendungen an Frä. Alwine Weppner, per Adresse Deutscher Textilarbeiterverband, Nicolaistraße 7 III, Zimmer 32.
 Gau 2. Langensalza. V und K: Christian Schein, Unterm Berge 1.
 Gau 2. Nordhausen. V und K: W. Lande, Taschenberg 43, Sinterzh.
 Gau 2. Osterode. K: Hermann Hartmann, Hölemannpromenade 1.
 Gau 3. Eustirchen. Alle Sendungen, auch Briefe, an den

Kassierer Johann Schmitz, Grünsachsen 1.

Gau 4. Werden. V: Johann Heitgen, Lindenbender Straße 10. K: Alois Senden, Qufergasse 31.

Gau 8. Die Filialen Halle, Hohenleuben und Jeknitz ruhen.

Totenliste.

Geftorbene Mitglieder.
 Berlin. Gustav Remerski, Weber, 62 J., Schwäbe.
 Neumünster. Paul Viered, Tuchmacher, 47 J., Lungenentzündung.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

Einbelfingen. Heinrich Siegmund, 29 J. Gottlob Supper, 20 J.

Glauchau. Oskar Ladegast, 21 J. Albin Jenner, 46 J. Ihre ihrem Audenten!

Privat-Anzeigen.

(Kostenbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Munitionsarbeiter und Arbeiterinnen

sucht bei freier Reife

Chemische Fabrik Griesheim-Elektron.

Meldungen aus Thüringen und angrenzenden Gebieten sind zu richten an Stadt. Arbeitsnachweis Weimar.

Redaktionsfchluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 14. April.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit O versehenen Artikel: Hermann Krähig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Bornhardt Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.